

# Leipziger Tageblatt

## Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr 655

Hauptverleger: Dr. Coert, Leipzig

Dienstag, den 24. Dezember

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1918

### Wahlen zur sächsischen Nationalversammlung!

#### Artillerie- und Maschinengewehrkampf in Berlin

#### Das neue Ungarn

Budapest, 16. Dezember.

Berlin, 24. Dezember. (Drahtbericht.) Heute morgen von 8 Uhr an tobten am Schloß und Marsall, die von der Volksmarine-Division besetzt waren, erbitterte Kämpfe, bei denen die Garde-Kavallerie-Division gegen Schloß und Marsall vorging und unter anderem auch unter Artilleriefire feuerte. Einige Minuten vor 11 Uhr wurde aus dem Marsall eine Abordnung von Matrosen mit einer weißen Flagge entsandt, die mit dem Befehlshaber der Truppen verhandelte. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß wenige Minuten nach 11 Uhr die Matrosen einzeln, dann in kleineren Trupps abzogen. Nach erfolgter Kapitulation konnten auch die Geschütze wieder abräumen. Die Matrosen haben 68 Mann verloren, die teils tot, teils schwer verwundet sind.

Berlin, 24. Dezember. (Drahtbericht.) Die Berliner Mittagszeitung teilt über die Feuergefechte am Schloß und am Marsall mit, daß vormittags 10 Uhr das ganze Schloß, der Marsall, sowie der Kulkarten von Artillerie, und zwar von Truppen des 3. Garde-Feldartillerie-Regiments umstellt waren. Gegen den Marsall war um diese Zeit ein kräftiges Maschinengewehrfeuer im Gange. Der Marsall hat bereits stark gelitten, seine Fassade ist völlig zerstört. Gegen 11 Uhr wurden zwei und drei Matrosen im Polizeipräsidium eingekerkert. Stabskommandant Weis wird nach dem Walle noch im Marsall festgehalten.

Wer nach Budapest kommt, bemerkt zunächst kaum, daß der Revolutionssturm vor Monatsfrist über diese Millionenstadt hinweggezogen hat. Die Läden sind überhäuft mit Waren, besonders mit Lebensmitteln, die vor den zahlreichen Müßiggängern in aufreißender Fülle ausgebreitet sind. Die Revolution hat sich nicht nur in Plakaten aus. In den eleganten Geschäften, an Häusern und Privatautos bitten Zettel mit der Aufschrift 'Unter dem Schutz des Nationalrates' um Duldung in dem neuen Ungarn. Besonders Benglißböck plakatieren an ihren Schaufenstern 'Es lebe die Republik'. Die Waren sind mit ungarischen Fahnen überzogen, und selbst durch den Schwelmegeiz des Schlächterladens ist ein Stängchen mit den Nationalfarben des freien unabhängigen Ungarns geflochten.

Berlin, 24. Dezember. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Straßenkämpfe sind heute seit dem frühen Morgen fortgesetzt worden und haben viel Blut gekostet. Heute früh rückte ein Teil der freien gebliebenen Garde-Truppen an und umzingelte Schloß und Marsall, wo die Matrosen sich verschanzt hatten. Aus den Berichten der Augenzeugen läßt sich ein klares Bild nicht gewinnen. Die Schilberungen laufen, wie immer in solchem Falle, durcheinander. Soviel aber scheint sicher, daß zunächst mit günstigem Erfolge gegen die Matrosen gefochten worden ist. Um 10 Uhr schickten sie Parlamentäre heraus, weil sie offenbar die Empfindung hatten, sich nicht länger halten zu können. Die Verhandlungen

führten zu dem Erfolge, daß einige Minuten nach 10 Uhr die Matrosen zuerst einzeln, dann in kleinen Trupps abzogen. Kurz vor 11 Uhr soll dann die Sache eine überraschende Wendung genommen haben. Vom Schloßplatz her kam eine Abteilung der republikanischen Garde, die die Führer der kleinen Abteilungen zusammenrief und ihnen sagte, sie hätten sich mit den Matrosen geeinigt. Legt eure Waffen nieder, wir sammeln sie und rückt ab in die Quartiere. Dieser Befehl fand bei einigen Truppen Widerstand, während andere Teile dem Befehl Folge gaben. Kraftwagen fuhrten vor, auf welche die Waffen geladen wurden. Die Truppen ordneten sich und rückten ab. Unter den jungen Leuten, die in der Nacht Posten gesessen hatten, machte sich nach der 'B. Z.' eine tiefe Niedergeschlagenheit geltend, daß ihre Aktion einen derartigen Ausgang genommen habe.

Maße und verläßt, wie die erschöpfenden Hoffnungen der jungen Republik, hängen die Fahnen in dem trüben Dezemberlicht. Den festlichen Tagen sind Wochen und Monate der Sorgen und Enttäuschungen gefolgt. Die Schwierigkeiten häufen sich zu Lawinen, die den Volksstaat zu verhängen drohen. Der vergangenen Nachtpolitik hat die neue Regierung das Banner des Idealismus gegenübergestellt. Der Glaube an die Menschlichkeit, friedfertigster, verständigster Geist will alle edlen Gedanken und Empfindungen weiden und um diese einen neuen Staat kristallisieren. Es ist bemerkenswert, mit welcher Hingabe, Unvoreingenommenheit, mit welcher Herzerglüte die bis zum Uebermaß ihrer Kraft tätigen neuen Regierungsmänner sich der auf sie einfließenden Bitten, Fragen, Hoffnungen, Befürchtungen annehmen. Aber es geht über menschliches Vermögen, gleichzeitig einen Weltkrieg zu liquidieren und eine neue innere und äußere Ordnung aufzubauen. Die Wirklichkeit ist voller Gegensätze, die sich beim besten Willen nicht vermitteln und verschmelzen lassen und, da die alte Disziplin aufgehoben ist, sich nun verantwortungslos und ungebunden austoben.

Berlin, 24. Dezember. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Straßenkämpfe sind heute seit dem frühen Morgen fortgesetzt worden und haben viel Blut gekostet. Heute früh rückte ein Teil der freien gebliebenen Garde-Truppen an und umzingelte Schloß und Marsall, wo die Matrosen sich verschanzt hatten. Aus den Berichten der Augenzeugen läßt sich ein klares Bild nicht gewinnen. Die Schilberungen laufen, wie immer in solchem Falle, durcheinander. Soviel aber scheint sicher, daß zunächst mit günstigem Erfolge gegen die Matrosen gefochten worden ist. Um 10 Uhr schickten sie Parlamentäre heraus, weil sie offenbar die Empfindung hatten, sich nicht länger halten zu können. Die Verhandlungen

Berlin, 24. Dezember. (Drahtbericht.) Die Berliner Mittagszeitung teilt über die Feuergefechte am Schloß und am Marsall mit, daß vormittags 10 Uhr das ganze Schloß, der Marsall, sowie der Kulkarten von Artillerie, und zwar von Truppen des 3. Garde-Feldartillerie-Regiments umstellt waren. Gegen den Marsall war um diese Zeit ein kräftiges Maschinengewehrfeuer im Gange. Der Marsall hat bereits stark gelitten, seine Fassade ist völlig zerstört. Gegen 11 Uhr wurden zwei und drei Matrosen im Polizeipräsidium eingekerkert. Stabskommandant Weis wird nach dem Walle noch im Marsall festgehalten.

Die Regierung des Grafen Karolyi ist aus Mitgliedern der ursprünglichen radikalen Partei und der Sozialdemokratie zusammengesetzt. Sie waren einig in ihrer Feindschaft gegen das alte System reaktionärer Bürokratie und Magnatenwirtschaft, einig auch in dem Bestreben, Ungarn von der Wiener inneren und äußeren Politik zu befreien und ihm seine volle Selbständigkeit zu erringen. Diese Ziele sind erreicht. Aber nun, da die wirtschaftlichen und sozialen Lebensformen aufgebaut werden müssen, eine Einigung über die Finanzfragen, die Bodenreform und andere tief einschneidende Gesetze angebrocht wird, da sich eine Kluft der Anschauungen und Absichten aufgetan, die zu einer schweren Regierungskrise geführt hat. Die Sozialdemokraten, die hier sehr verständige Führer haben, einer gewaltigen Politik abgeneigt sind und an der Aufrechterhaltung der Ordnung und Stabilität das Hauptverdienst haben, dehnen ihren Einfluß schrittweise immer weiter aus. Von ihrer radikalen Steuerpolitik wird jedoch in Sachverständigenkreisen ein Zusammenbruch der nationalen Wirtschaft, eine Lähmung des Unternehmungsgeistes und eine Umwanderung des Kapitals gefürchtet. Noch eindringlicher erheben sich die Stimmen gegen die sozialdemokratische Lösung der Agrarfrage. Die Karolyi-Partei widersteht sich einer kommunikativen Bodenverteilung ohne Entschädigung, auch sie will durchgreifende Reformen durchführen, aber durch systematische Entschädigung ohne Minderung der landwirtschaftlichen Erzeugungskraft. Durch rührigste Propaganda hat die Sozialdemokratie in allen Berufsständen, auch denen der Soldaten und Offiziere, Fuß gefaßt. Will sie etwas durchsetzen, so läßt sie einige tausend Mann zu dem in Frage kommenden Ministerium marschieren. Die Regierung muß der Gewalt hilflos nachgeben, da sie sich durch die Auflösung der Armee aller Schutzmittel begeben hat. Daher ihr Bemühen, französische Besatzungstruppen nach Budapest zu ziehen, um nicht den Drohungen der Straße völlig zu erliegen. Nach unzähligen Ankündigungen sollen diese nun nächste Woche in Budapest ihren Einzug halten.

Berlin, 24. Dezember. (Drahtbericht.) Die Verhandlungen zwischen Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung haben das Fortbestehen der Obersten Heeresleitung in Wilhelmshöhe bis zum Abschluß des Vortriedens als Resultat ergeben.

Berlin, 24. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen zwischen Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung haben das Fortbestehen der Obersten Heeresleitung in Wilhelmshöhe bis zum Abschluß des Vortriedens als Resultat ergeben.

Wiederholt hat in den stürmischen Sitzungen des Kabinetts in jüngster Zeit die Karolyi-Partei erklärt, sie räume das Feld und überlasse es der Sozialdemokratie, mit der allenthalben um sich greifenden Desorganisation und den bolschewistischen Umtrieben fertig zu werden. Die Sozialdemokratie ist aber nicht zur Übernahme der Regierung bereit! So verfuhr man denn, besaßen zu bleiben bis zur Wahl der Nationalversammlung, die in der zweiten Januarhälfte stattfinden soll. Karolyi ist bemüht, in diesen Wahlen die gesamte Bürgerchaft in einer einheitlichen Partei gegen die Sozialdemokratie zu führen. In den nächsten Tagen, kurz vor Karolyis Abreise nach Paris, wird das Merkwürdigprogramm, das dieses Wunder vollbringen soll, verkündet werden.

#### Sächsische Landeswahlen am 2. Februar

Dresden, 24. Dezember. (Drahtbericht.) Wollte sächsischer Landesdienst melden: Die Wahlen für eine sächsische Nationalversammlung finden am 2. Februar statt.

#### Die Lage im Ruhrgebiet

Schwere Streikunruhen der Hamborner Bergarbeiter. Duisburg, 24. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Hamborner Bergarbeiter, von welchem die Bergbau der Gewerkschaften Deutscher Kaiser, Rhein und Lothberg, schließen sich in immer größerer Anzahl der freien Vereinigung der deutschen Gewerkschaften an, welche die Regelung der Lohnverhältnisse in die Hand genommen hat. In einer Massenversammlung wurde mitgeteilt, daß den Volksbeauftragten Haase und Barth durch eine Deputation der Hamborner Bergarbeiter die Forderungen unterbreitet wurden, und daß diese ihre Unterstützung zugesagt und erklärt hätten, sie würden bei der Verwirklichung der Forderungen keine Montag oder Dienstag erlassen werden. Wer der Volksbeauftragte Barth persönlich erklärt hätte, würde er bei der Abweisung der Forderungen jurisdiktoren, dann würde der Generalstreik in ganz Deutschland proklamiert werden. Ferner soll ein: Erwerbszulage von 200 Mark für jeden Bergarbeiter, weitere 100 Mark für die Ehefrau und für jedes Kind unter 14 Jahren 50 Mark verlangt werden. Einmütig wurde eine Entschließung angenommen, worin betont wird, daß die Bergarbeiter der Gewerkschaften Deutscher Kaiser, Rhein I und II und Lothberg so lange im Ausstand bleiben würden, bis die Forderungen von der Regierung bewilligt seien. Die Entschließung wurde den Volksbeauftragten telegraphisch mitgeteilt.

#### Glänzende Aussichten für die britische Schifffahrt

London, 23. Dezember. (Drahtbericht.) Der englische Schifffahrtskontrolleur Macloy hat sich einem Vertreter der Daily Mail gegenüber sehr hoffnungsvoll über die Zukunft der britischen Schifffahrt ausgesprochen. Er sagte: Wir werden zweifellos unsere frühere Vorherrschaft aufrechterhalten. Es ist sogar möglich, daß manche von unseren gegenwärtigen Mitbewerbern in einigen Jahren stich werden. Die Schiffe an uns zu verkaufen, die sie jetzt bauen, um uns zu verdrängen. Augenblicklich werden in drei Monaten je 500 000 Tons Schiffsraum fertiggestellt, aber diese Leistung muß noch vergrößert werden. 147 Einheitschiffe sind in Fahrt, 185 weitere sind vom Stapel gelaufen. Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes ist eine größere Anzahl von Handelschiffen durch die Kriegsmarine freigegeben worden. Die in der Ostsee abgedunkelten liegenden 250 000 Tonnen sind verfügbar geworden. Eine große Flotte ist nach Australien geladen, um Weizen und andere Lebensmittel zu holen, mit denen die dortigen Lagerhäuser überfüllt sind. In kurzer Zeit werden wir die australischen Handelschiffe, die in letztem Jahre jahren, von ihren gegenwärtigen Verpflichtungen entbinden.

Zu vorstehender Mitteilung wird bekanntgegeben, daß die Verhandlung der Hamborner Bergarbeiter nur von Barth empfangen worden ist und daß dieser nur seine persönliche Meinung geäußert, jedoch nicht im Namen der Regierung gesprochen habe. Die Regierungserklärung, der Oberbürgermeister und andere maßgebende Stellen haben sich sofort an die Regierung gewandt und um Entlassung eines Kommissars gebeten, der die wirkliche Stellungnahme der Regierung den Leuten verhandelt. Inzwischen hat sich die Lage durch die Aufnahme der Spartakusleute sehr verschlimmert. Am Nachmittag kamen mehrere tausend Bergarbeiter zu den Toren der Gewerkschaft Deutscher Kaiser, Rhein und Lothberg. Die Wochen wurden gestört, Maschinengewehre und Munition erobert, und die Volkswehr zum Anschluß bewegen. Der Polizeikommissar und mehrere Beamte, die sich ihnen entgegenstellten, wurden verwundet, der erstere schwer. Ein Teil der Anlagen wurde demoliert, jedoch sind die zur Inhabhaltung der Werke wichtigsten Anlagen noch nicht zerstört. Die Polizei wurde entlassen und der Arbeiterrat abgelehnt. Es herrscht vollkommene Anarchie. Die Direktoren wurden für vogelfrei erklärt. Die Militär- und Regierungsstellen erklärten sich zum Schutz unfähig. Man fürchtet, daß es heute noch zu Ausschreitungen und Plünderungen kommen wird.

Ende Dezember einen Parteitag einzuberufen, der die von der U. S. P. innewohnenden prinzipiellen und tatsächlichen Risiken bestimmen soll. Sie fordern eine klare Scheidung von den Mehrheitssozialisten, sofortigen Austritt der U. S. P.-Mitglieder aus dem Kabinett Ebert-Scheidemann, bei Vermeidung ihres Ausschlusses aus der U. S. P., entschiedenen Kampf gegen die Mehrheitssozialisten, bei den bevorstehenden Wahlen, Führung des Wahlkampfes im antiparlamentarischen Sinne und eine rücksichtslose parlamentarisch-revolutionäre Politik. Sie verurteilen die bisherige Politik der U. S. P.-Kabinettsmitglieder auf das schärfste. Dieser Beschluß ist dem Parteivorstand der U. S. P. unverzüglich mitzuteilen.

Die unabhängigen Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten machen jetzt ihr Verbleiben im Kabinett davon abhängig, welche Stellung dieses in den letzten Kundgebungen des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg einnehmen wird, die sich mit den Beschlüssen des Reichsrätkongresses betreffend die Offiziere befassen. Am Montag fanden neue Besprechungen unter den Unabhängigen statt, deren Ergebnis auf die zukünftige Zusammenfassung des Kabinetts von entscheidendem Einfluß sein dürfte.

#### Spartakus ruft zur Bewaffnung des Proletariats auf

Berlin, 24. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Spartakusleute verbreiteten heute früh in den Fabriken Flugblätter mit dem begründeten Gefühl, daß revolutionäre Truppen gegen Berlin anzusetzen. Das Proletariat wird in den Flugblättern aufgefordert, sich bis an die Zähne zu bewaffnen. In einer Versammlung am letzten Sonntag erklärte Liebknecht, die Regierung Ebert-Haase werde das neue Jahr nicht erleben.

#### Ein Mißtrauensvotum gegen die Haase-Regierung

Berlin, 23. Dezember. (Drahtbericht.) Am 21. Dezember haben, wie die 'Rote Fahne' mitteilt, die revolutionären Objekte und Vertrauensleute der Großbetriebe Berlins die folgenden Resolutionen angenommen: Die revolutionären Objekte und Vertrauensleute der Großbetriebe Berlins fordern den Paragrafen 118 der U. S. P. auf, für die

Die Organisations des Spartakusbundes werden zu einer am Montag, dem 30. Dezember, beginnenden Reichskonferenz des Spartakusbundes eingeladen. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Arbeit in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. 2. Programm des Spartakusbundes. 3. Nationalversammlung. 4. Internationale Konferenz.

Am 21. Dezember haben, wie die 'Rote Fahne' mitteilt, die revolutionären Objekte und Vertrauensleute der Großbetriebe Berlins die folgenden Resolutionen angenommen: Die revolutionären Objekte und Vertrauensleute der Großbetriebe Berlins fordern den Paragrafen 118 der U. S. P. auf, für die